RUNDER TISCH
RENTENGERECHTIGKEIT e.V. Berufs -und Personengruppen der DDR

An
Bundesminister der Finanzen,
Herrn Lars Klingbeil,
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Bundesministerin für Arbeit und Soziales,
Frau Bärbel Bas,
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Dresden, den 03. Juni 2025

35 Jahre „Wiedervereinigung" - Endlich Gerechtigkeit auch für Ostrentner

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bas,

sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

seit vielen Jahren kämpfen die Ostrentner, insbesondere die Angehörigen mehrerer ostdeutscher Berufs- und Personengruppen gegen die grundgesetzwidrige Aberkennung ihrer gesetzlichen Renten- und Zusatzversorgungsansprüche durch die Bundesrepublik. Entgegen früheren eindeutigen Wahlversprechen der SPD (vor der Bundestagswahl 2013 im Wahlprogramm vom 24. Nov 2012 und bereits einem früheren SPD-Antrag für den Bundestag (Drucksache 17/**6486** vom 06.07.2011) hat die SPD dann allerdings nichts getan, um das Unrecht gegenüber den ostdeutschen Berufs- und Personengruppen zu beseitigen, auch nicht beim „Rentenüberleitungsabschlussgesetz von 2017". Obwohl Hubertus Heil öffentlich erklärt hat, dass er unser Anliegen teile, hat er noch nicht einmal etwas getan, um wenigstens einen befriedenden „Gerechtigkeitsfonds" auf den Weg zu bringen, den wir bereits am 12.09.2019 bei der Beratung mit der Bund-Länderarbeitsgruppe „Härtefallfonds" im BMAS vorgeschlagen haben. Durch diesen sollten – ohne Ausschlusskriterien – die von der grundgesetzwidrigen Enteignung ihrer Ansprüche Betroffenen, wenigstens eine Entschädigung bekommen, die nur einen kleinen Teil der entgangenen Rentenleistungen betragen hätte.
Deswegen hatten wir auch mit Schreiben vom 20. August 2024 Bundeskanzler Scholz angeschrieben. Dabei hatten wir auch die Frage gestellt, warum in der Bundesrepublik Deutschland Nazitäter mehr wert sind als deutsche Staatsbürger, die ihre Rentenansprüche in der DDR erworben haben. Es ist bekannt, dass ehemalige Angehörige der Waffen-SS und anderer Verbrecherorganisationen des Naziregimes nach dem G-131-Gesetz und dem Bundesversorgungsgesetz seit den 1950er Jahren bis heute Alters- und Kriegsopferrenten beziehen, ohne dass ausreichend geprüft wird, ob sie Kriegsverbrechen begangen und gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben. Die Verschwendung von Steuergeldern für NS-Täter ging sogar im wiedervereinigten Deutschland nahtlos weiter und wurde auch auf die neuen Bundesländer und die ehemaligen Sowjetrepubliken (Litauen,

Lettland, Estland, Ukraine) und andere osteuropäische Länder für die Kollaborateure der Waffen-SS ausgedehnt.
Dem neuen SPD-Generalsekretär Matthias Miersch haben wir mit Schreiben vom 02. Dezember 2024 die auf unserer Jahresmitgliederversammlung beschlossene Resolution „34 Jahre Wiedervereinigung" - noch immer grundgesetzwidrige Benachteiligung der Ostrentner als Appell an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zugesandt. Eine Antwort gab es nicht.
Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte Rechtsunterzeichnender deshalb am 17. Januar 2025 bei einem Wahlforum in Halle einen erneuten Brief an Bundeskanzler Scholz direkt überreicht, der leider ebenfalls ohne Antwort blieb.
Nach der Bundestagswahl haben wir uns mit Schreiben vom 07.März 2025 an den SPD-Parteivorstand, den SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und an die neu gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten gewandt und Ihnen den Entwurf eines Antrags an den Deutschen Bundestag als Vorlage für die anstehenden Koalitionsverhandlungen zur Schaffung eines „Gerechtigkeitsfonds als Anerkennung der Lebensleistung der DDR-Berufs- und Personengruppen" zugesandt. Leider hat wohl die SPD dieses Anliegen abermals nicht unterstützt; im Koalitionsvertag steht dazu nichts.
Deshalb wenden wir uns hiermit nochmals direkt an Sie als nun verantwortliche Bundesminister zu dieser Thematik. **Sorgen Sie bitte dafür, dass das Thema Gerechtigkeitsfonds auf die Agenda der laut Koalitionsvertrag vorgesehenen Rentenkommission gesetzt wird.**
Im „Sofortprogramm für den Sommer", bekannt gemacht mit dem Newsletter der SPD vom 28 Mai 2025, heißt es: *Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verdienen ein Land, das besser funktioniert. Wir setzen dabei auf Tempo und eine klare Planung. Genau das packen unsere SPD-Ministerinnen und Minister in der Regierung in einem Sofortprogramm bis Ende des Sommers jetzt entschlossen an:* ***Für eine gerechte und sichere Altersvorsorge arbeiten wir am nächsten umfassenden Rentenpaket.***
Es kann doch nicht sein, dass eine Sozialdemokratische Partei nun endgültig die „biologische Lösung" gegenüber den benachteiligten Ostrentnergruppen zulässt.
Und weil gerade wieder über die Thematik Einbeziehung der Beamten und Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung intensiv diskutiert wird:
Wer hat denn bei den gesetzlichen Renten- und Zusatzversorgungsansprüchen der Ostrentner darauf geachtet, dass diese unter dem Schutz des Art. 14 Grundgesetz stehen, was sogar das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat??? Auch für die Beitrittsbürger müsste doch das Grundgesetz gelten. Oder ist das nicht so?
Deshalb sehen wir, auch als langjährige engagierte SPD-Mitglieder, gerade die SPD in der Pflicht, in dieser Sache zu handeln. Mit der neuen Ostbeauftragten der Bundesregierung Elisabeth Kaiser, die wir schon länger kennen, haben wir erneut Kontakt aufgenommen.

Wir möchten Sie bitten, unser Anliegen mit ganzer Kraft zu unterstützen. Zu Rückfragen und für weitere Erläuterungen sind wir gern bereit, auch zu einem direkten Gespräch mit Ihnen in Berlin. Über eine baldige positive Antwort würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Polster
Vorsitzender

Klaus-Dieter Weißenborn
Vorsitzender

Verein Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.
F.-Avenarius-Straße 5, 01277 Dresden
Vorstandsvorsitzende
Dietmar Polster
Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

www.rundertischrentengerechtigkeit.de

Registergericht Dresden:
VR 13842

Bankverbindung:

Deutsche Skatbank
VR-Bank Altenburger Land eG
DE40 8306 5408 0005 3536 29